

Potsdam, 25. April 2025

PRESSEMITTEILUNG

Dringender Appell: Beratungsangebote für Diskriminierte und Opfer rechter Gewalt in Brandenburg in Gefahr

Die Opferperspektive e.V. warnt: Ohne zusätzliche Mittel im Landeshaushalt 25/26 sind wichtige Beratungsangebote für Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt in Brandenburg akut gefährdet. Der Verein betreibt zwei landesweit tätige Fachberatungsstellen, die vor unterschiedlichen, aber gleichermaßen kritischen Herausforderungen stehen.

"Die Zahl rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe nimmt in Brandenburg weiter zu. Gleichzeitig erleben immer mehr Menschen Diskriminierung im Alltag", erklärt Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive e.V. "Unsere Beratungsstellen sind für viele Betroffene die einzige Anlaufstelle. Doch die aktuelle Finanzierungslage stellt uns vor ernsthafte Probleme."

Die beiden betroffenen Beratungsangebote umfassen:

- Die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg (ADB), die Menschen unterstützt, die zum Beispiel aufgrund von Behinderung, Alter, Herkunft oder Geschlecht benachteiligt werden. Ohne Übernahme der Finanzierung durch das Land droht diese einzige unabhängige Antidiskriminierungsstelle Brandenburgs Ende Januar 2026 ersatzlos wegzubrechen.
- Die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Existenz zwar nicht unmittelbar gefährdet ist, die aber mit den vorhandenen Kapazitäten die steigende Zahl von Beratungsanfragen nicht mehr bewältigen kann. Ohne zusätzliche Mittel ist die landesweite Erreichbarkeit und die Qualität dieser essenziellen Hilfsangebote nicht mehr gewährleistet.

Der Beratungsbedarf steigt stetig, doch die Finanzierung bleibt unsicher: Bei der ADB läuft die zu 90 % vom Bund getragene Förderung im Januar 2026 aus, während die Mittel für die Opferberatung trotz steigender Kosten eingefroren sind.

"Der Schutz vulnerabler Gruppen und das Recht auf Gleichbehandlung sind unverzichtbare Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats", betont der Verein.

"Brandenburg braucht flächendeckend zugängliche, unabhängige und professionelle Beratungsstrukturen. Sie sind ein Fundament für sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt.", erklärt Judith Porath.

"Die politischen Entscheidungsträger*innen in Brandenburg stehen jetzt vor einer wichtigen Weichenstellung." Wer diese Beratungsangebote sichert, unternimmt konkrete Schritte gegen rechte Gewalt, gegen Diskriminierung und für eine offene, vielfältige Gesellschaft. Mit der Sicherung dieser Beratungsangebote bekundet das Land nicht nur ein Lippenbekenntnis gegen Diskriminierung und rechte Gewalt, sondern unternimmt konkrete Schritte zum Schutz unserer vielfältigen Gesellschaft. Der Landeshaushalt 2026 wird zeigen, welchen Stellenwert der Schutz von Minderheiten und der soziale Frieden in Brandenburg tatsächlich haben."

Die Opferperspektive e.V. appelliert an die Landespolitik, die notwendigen Mittel im Landeshaushalt 2025/26 bereitzustellen und damit ein starkes Zeichen gegen Diskriminierung und rechte Gewalt zu setzen.

Über Opferperspektive e.V.

Der Verein Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V. ist ein im Land Brandenburg tätiger Verein, der Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Betroffene von Diskriminierung und deren Angehörige berät. Neben der direkten Unterstützung der Betroffenen leistet er Aufklärungsarbeit und trägt dazu bei, gesellschaftliche Prozesse, die zu rechter Gewalt, Rassismus und Antisemitismus führen, sichtbar zu machen und ihnen entgegenzutreten.

Kontakt:

Judith Porath: 0151 – 591 000 82 | j.porath@opferperspektive.de

Marcus Reinert: 0175 – 211 58 28 | m.reinert@opferperspektive.de